

Calmer Tagblatt

Nr. 7

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Mk., Familienanzeigen 30 Mk., Reklamen 150 Mk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Bezugspr. 9.

Mittwoch, den 10. Januar 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 630 Mk. monatlich. Postbezugspreis 639 Mk. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Vor dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet.

England und Amerika passiv. — Schärfster Protest der Reichsregierung.

Die Gewaltpläne Frankreichs.

Die Reparationskommission stellt eine Verfehlung in bezug auf die deutschen Kohlenlieferungen fest.

Paris, 9. Jan. Nach einer Meldung von Havas hat die Reparationskommission heute Vormittag um 10.30 Uhr die Beratung über die deutschen Kohlenlieferungen für das Jahr 1922 begonnen. Sir John Bradbury habe vor allem die Gründe auseinandergesetzt, weshalb nach seiner Auffassung kein Anlaß vorliege, eine Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen des Jahres 1922 festzustellen. Nach einer späteren Meldung hat die Kommission mit 3 gegen 1 Stimme eine deutsche Verfehlung bei den deutschen Kohlenlieferungen für 1922 auf Grund des § 18 der Anlage 2 zu Teil 8 festgestellt.

Erklärungen der deutschen Vertreter von der Reparationskommission über die Kohlenlieferungen.

Paris, 9. Jan. Die Reparationskommission hörte heute Vormittag von 10 Uhr ab die Ausführungen des Vertreters des Kohlenyndikats, Dr. Lübsen, über die deutschen Kohlenlieferungen für das Jahr 1922 an, sowie die Erklärungen des Geheimrats Kuppel vom Wiederaufbauministerium über die Rechtslage. Direktor Lübsen führte aus, indem er vor allen Dingen den Verkehr der in Frage kommenden Organe untereinander erläuterte und auf die Schwierigkeiten im normalen Geschäftsverkehr hinwies, daß naturgemäß bei so gewaltigen Lieferungen, wie die Alliierten sie forderten, die Schwierigkeiten sich vermehren müßten. Lübsen betonte mit Nachdruck, daß von der Spitze der deutschen Regierung bis herab zum letzten Organ seit Jahr und Tag die äußersten Anstrengungen gemacht werden, um den Anforderungen der Reparationskommission Genüge zu leisten. Er legte festerlich Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß von deutscher Seite nicht das getan worden sei, was unter den obwaltenden Umständen menschenmöglich gewesen wäre. Zum Schluß der Sitzung, die eine Stunde dauerte, sagte der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, die von deutscher Seite vorgetragenen Ausführungen noch kurz zusammen, worauf die kontradiktorische Verhandlung geschlossen wurde. Fischer widersprach der französischen Behauptung, daß die Kohlenlieferungen an Frankreich und Luxemburg vor dem Krieg höher gewesen seien als zur Zeit. Er wies darauf hin, daß dieser Vorwurf auf Grund der Statistik von Direktor Wallmichrath gestern widerlegt worden sei. Trotz des Verlustes der Saargruben und der Gruben in Oberschlesien seien 1922 die von Deutschland abgegebenen Kohlenmengen größer gewesen als die Kohlenmengen, die 1913 von Deutschland geliefert wurden.

Die militärischen Vorbereitungen Frankreichs.

Essen, 9. Jan. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, sind von Mainz 38 Eisenbahnzüge mit französischen Truppen unterwegs und laufen seit gestern nachmittag auf den Stationen Ratingen-Ost, Mülheim-Speldorf, Duisburg-Hauptbahnhof und Duisburg-Hörsfeld ein. Der Personen- und Güterverkehr hat bisher keinerlei Störung erfahren.

Essen, 10. Jan. Düsseldorf gleicht einem Heerlager. Eine Reihe von Schulen und Bürohäusern wurden mit Truppen belegt. Dauernd treffen neue Truppentransporte aller Waffengattungen ein. Kraftwagen wurden requiriert. Im Falle der Nichtvorsührung der Kraftwagen wird der Besitzer vor das Militärgericht gestellt und der Wagen beschlagnahmt. Störungen im Eisenbahnverkehr waren bis gestern Abend nicht zu verzeichnen.

Berlin, 10. Jan. Die Blätter bringen eine Reihe von Meldungen aus Westdeutschland über französische Vorbereitungen zum Vormarsch. So seien die französischen Truppen schon im großen Umfang an die Grenze des besetzten Gebietes, namentlich nach dem Ruhrgebiet hin vorgeschoben worden. In den Kasernen der Besatzungstruppen in Düsseldorf herrsche fieberhaftes Leben. Auf den Straßen zeigten sich zahlreiche Panzerautos und mit Truppen besetzte

Lokalkraftwagen. Auf den Eisenbahnstrecken Koblenz-Rhein und Koblenz-Trier sei der Güterverkehr zum Teil zum Erliegen gebracht worden, um die Strecken für Truppentransporte frei zu machen. Auch aus der Pfalz werden starke französische Truppenbewegungen gemeldet.

Paris, 9. Jan. „Echo National“ teilt mit, daß General Berthelot, der dem Obersten Kriegsrat angehört, demnächst nach Frankfurt a. M. reisen werde.

Belgien geht mit Frankreich.

Brüssel, 10. Jan. Ministerpräsident Theunis gab gestern in der Kammer ausführliche Erklärungen über den Verlauf und die Beschlüsse der Pariser Konferenz ab. Belgien habe sich nicht aus Rache oder Zorn zum Einmarsch ins Ruhrgebiet entschlossen. Dieses Vorgehen sei das letzte Mittel, um Deutschland zu zwingen, sich endlich Rechenschaft über seine Reparationspflicht abzulegen.

Brüssel, 10. Jan. (Agence Belge.) Am Mittwoch Vormittag werden belgische Truppen von verschiedenen Punkten aus nach Deutschland vorrücken.

Ein Erlaß des Reichspräsidenten an die bedrohten Gebiete.

Berlin, 9. Jan. Der Reichspräsident hat an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung bedrohten Gebiets folgenden Aufruf gerichtet, der durch öffentlichen Anschlag verbreitet wurde:

Mitbürger! Gestützt auf militärische Gewalt, schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen. Abermals erfolgt ein Einbruch unserer Gegner in deutsches Land. Die Politik der Gewalt, die seit Friedensschluß die Verträge verlegt und die Menschenrechte mit Füßen tritt, bedroht das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquelle unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrags wird so zur absoluten Unmöglichkeit. Zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet. Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber eine Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt. Es ist Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten, wehrlosen Volk. Deutschland war bereit, zu leisten, soweit seine Kraft reichte. Trotzdem wird es nun überfallen. Diesen Gewaltakt klagen wir vor Europa und der ganzen Welt an. Laut erheben wir unsere Stimme, daß hier eine fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden und sein Recht zum Leben verewaltigt. Nun sollt Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erleiden. Harret aus in dudender Treue, bleibt fest, bleibt ruhig und behält besonnen! Tretet im Gefühl unseres guten Rechts in erster Würde den fremden Gewalttätigen entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Reich seinen Platz und Euch die Freiheit gibt. Wir aber geloben Euch treue Hilfe. Unsere rastlose Sorge wird sein, nichts ungeschesehen zu lassen, um die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen, Eure Not zu lindern und den Weg zum wahren Frieden zu finden. Am deutschen Gemeinsinn und an der opferfreudigen Vaterlandsliebe werden die fremden Mächtpläne zerfallen. Haltet allezeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht!

Reichspräsident Ebert.
Reichskanzler Cuno.

Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 9. Jan. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand heute vormittag ein Ministerrat statt, an dem auch der preussische Ministerpräsident teilnahm. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen berichteten über die durch das Vorgehen Frankreichs geschaffene Lage und die Stellungnahme der Reichsregierung dazu. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit.

Berlin, 9. Jan. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Ministerbesprechung statt. Allen Möglichkeiten, die sich für Deutschland aus einer Besetzung Essens ergeben, seien in der Ministerbesprechung erwogen worden. Einheitlich sei die Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen, daß die von Frankreich vorbereitete Aktion als Bruch des Versailler Vertrages angesehen werden müsse. Welche Maßregeln die deutsche Regierung treffen werde, bleibe abhängig von dem Umfang des französischen Vorgehens. Wie die Blätter weiter melden, ist sich die Reichsregierung darüber im Klaren, daß die nächsten Tage dem deutschen Volke und seinen Vertretern Entscheidungen von

Neueste Nachrichten.

Die Franzosen treffen schon alle militärischen Vorbereitungen zum Einmarsch ins Ruhrgebiet.

Sowohl von englischer wie amerikanischer Seite hört man nichts, was auf ein Eingreifen zu Gunsten Deutschlands schließen ließe, auf die vorsichtigen, von Moral tiefenden Phrasen können wir ebenfalls verzichten.

Die Reparationskommission hat mit drei gegen die englische Stimme eine „Verfehlung“ Deutschlands in bezug auf die Kohlenlieferungen „festgestellt“, woraus Frankreich nun das Recht zu Gewaltmaßnahmen herleitet.

Der deutsche Reichspräsident und der Reichskanzler haben einen klammernden Protest gegen die französischen Gewaltpläne erhoben, und das deutsche Volk namentlich aber die Rheinländer, zum Ausharren aufgefordert. Gegen den vom Reichsaussenminister in eingehenden juristischen Ausführungen gekennzeichneten Rechtsbruch wird wahrscheinlich eine entsprechende Rechtsverwahrung bei den Alliierten wie vor der ganzen Welt unternommen werden. Der Außenminister stellte fest, daß die „Verfehlungs“-beschlüsse der Reparationskommission in der Kohlen- und der Holzlieferungsfrage kein Vorgehen gegen Deutschland rechtfertigen, daß auch bei etwaiger Feststellung angeblicher sonstiger Verfehlungen der Versailler Vertrag keinerlei Gebietsbesetzung zulasse, und daß auch die formell zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland nur von den alliierten Mächten gemeinsam getroffen werden können. Das französische Vorgehen stelle also den Versuch rechtswidriger Vergewaltigung dar.

außerordentlicher Tragweite vorlegen werden. Sie ist aber durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Einheitsbewußtsein und der Opferwille des deutschen Volkes die starke Front im Innern herstellen wird, die gegenüber den gewalttätigen Uebergriffen Frankreichs notwendig sei. Hinsichtlich der parlamentarischen Lage schreiben die Blätter, daß die Parteien des Reichstags von rechts bis links bei der Abwehraktion gegen das französische Vorgehen einmütig hinter der Regierung stehen.

Bevorstehender Protest der Reichsregierung.

Berlin, 9. Jan. Die Beratungen der Reichsregierung wurden, den Blättern zufolge, heute Vormittag fortgesetzt und nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Aus der Ansetzung des Empfangs der Parteiführer durch den Reichsminister des Außern für den morgigen Tag dürfte geschlossen werden, daß die Beratungen der Reichsregierung heute zu einem gewissen Abschluß kamen. Wie das Berliner Tageblatt schreibt, darf als feststehend angesehen werden, daß die Reichsregierung sofort nach der Besetzung Essens durch die Franzosen bei den übrigen Signatarmächten des Versailler Vertrags schärfster Protest erhoben wird.

Eine Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

München, 9. Jan. In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtags gab Vizepräsident Auer (Soz.) eine kurze Erklärung ab, in der er zunächst darauf hinwies, daß sich die außenpolitische Lage Deutschlands wesentlich verschärft habe, woran aber Deutschland keine Schuld treffe. Die Pariser Konferenz habe bewiesen, daß die französische militärische Gewaltpolitik keinen Frieden mit dem deutschen Volke wolle. Zum Schluß sprach er den Wunsch aus, daß es dem deutschen Volke beschieden sein möge, in der unbedingt notwendigen Einheit und Geschlossenheit der unerhörten Gewaltpolitik Frankreichs im Bewußtsein seines guten Rechts entgegenzuwirken. — Ministerpräsident Dr. v. Knilling erklärte, wenn nicht alle Nachrichten trügen, so sei Frankreich in seiner Unverhältnißlichkeit und Unbelehrbarkeit im Begriff, zu einem neuen schweren Schlag gegen Deutschland auszuholen, mit dem es sich nicht nur über die Grundsätze des Völkerrechts, sondern sogar über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinwegsetzen würde, den es damit selbst zerbrechen. Wehrlos wie wir seien, müßten wir auch diese harte Prüfung über uns ergehen lassen. Aber wir würden sie bestehen als Männer, die auch im Unglück aufrecht blieben. Er hoffe zuversichtlich, daß die Reichsregierung auch durch den äußersten Zwang sich nicht von ihrer festen Haltung abbringen lasse. Mit einem Appell an das deutsche Volk, einig und geschlossen zu sein, und mit dem Gelöbnis unverbrüchlicher Treue

Heut früh um
ja nix gegen
s ja z' gehn.
e Stund' lang
in ang'fangen.
Z hab g'meint,
ie Haut gizerl-
schritten hab i
ber i hab net
denkt. I hab
gen g'hört und
schlecht g'ruf-
g'halten, dann
Zeit nach: was
rg wird! Auf
n meine Som-
Berjüngungs-
af man durch
ene i mein' —
geht. Meiner
ach nach Meant
da mei Alte
ieder zum Ba-
lag ihm, wie's
und mi fertig
r's Maul halt
beim nächsten
ir!"

nige Zeit vor-
bessere Hälfte
gehört. Nun
tiger als Lieb-
so was der-
o a Dreizeug
peckseiten nach-
drans, da bin
du für a Rind-
Diaba, da fähr'
dir 's Heu aus
flog die Türe
da, wie vom
Kreuz mit die
ugung zu, denn
e jetzt aus der

ann, Calw.
erel. Calw.

D. Bezirks
och (Markt)
Calw.
Der Ausschuß

olz
ucht
Seinach.

ev. 53 Jahre alt,
ündiger Einrichtung
Mk. Barvermögen
ebensgefährtin
von 35-50 Jahren
eigenem Heim.
Angab unt. V. S. 6
schäftst. ds. Bl. erb.

nd Private 111
u fe als Sammler
efmarken
erte Deutsches Reich;
Liebhaber preisen u.
inschreibung od.
ngebote Gu. Horn
mter, Calmbach a. E.

fen u.
etalle

is Mk. 2000.—
" 1000.—
" 750.—
" 500.—
" 400.—
Mk. 40.— bis 50.—
Mk. 50.—
" 60.—
" 60.—
" 30.—
per Kilogramm.
reat, Hirsau.

gegenüber den von der Fremdherrschaft neu bedrohten Gebieten schloß der Ministerpräsident seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Rundgebung des Reichsverbands der Rheinländer.

Berlin, 9. Jan. Der Reichsverband der Rheinländer richtete an den Oberbürgermeister von Essen folgendes Telegramm: In dieser ersten Stunde stehen wir Rheinländer im Reich eng zusammen in der Treue zur rheinischen Heimat und geloben, wie bisher entschlossen einzutreten für die Freiheit unserer Brüder und Schwestern im Westen. Bleibt fest und besonnen, getragen von dem Bewußtsein unlöslicher Zusammengehörigkeit des Reiches und der Rheinlande, gefördert durch das Vertrauen auf die deutsche gute Sache. Niemals triumphiert die Gewalt lange. Recht muß Recht bleiben. (Ges.): Präsident Dr. Kaufmann.

Mitteilung der französischen Pläne an England.

London, 10. Jan. Der französische Botschafter setzte die britische Regierung von den französischen Operationsplänen im Ruhrgebiet in Kenntnis. In der Kabinettsitzung am Donnerstag wird Bonar Law über die Pariser Konferenz Bericht erstatten und anschließend daran die Lage erörtert werden, die sich infolge der französischen Operationen ergeben hat. Der Kriegsminister Lord Derby wird heute von Cannes nach London reisen, um an der Kabinettsitzung teilzunehmen.

England arbeitet ruhig weiter mit Frankreich zusammen.

London, 9. Jan. Reuter erzählt, daß zur Beratung der letzten Phase der Reparationsfrage bisher keinerlei Zusammenkunft des britischen Kabinetts einberufen wurde. Die Zusammenkunft werde jedoch wahrscheinlich in dieser Woche stattfinden. Gut unterrichtete Kreise glauben nicht, daß irgend eine endgültige Verringerung der Politik als Ergebnis der Ministerberatung erwartet werde. Der Grundton der britischen Politik werde weiterhin ein Zusammenwirken mit Frankreich sein, wo dies möglich sei.

Keine Zurückziehung des englischen Besatzungsheeres.

London, 9. Jan. Der „Daily News“ zufolge wurde in amtlichen Kreisen in London gestern erklärt, daß die Frage der Zurückziehung des britischen Besatzungsheeres vom Rhein vom britischen Kabinetten erörtern würde, daß jedoch die Zurückziehung für höchst unwahrscheinlich angesehen werde. In einem Leitartikel tritt „Daily Chronicle“ dafür ein, daß Großbritannien seine Truppen in Köln und seinen Vertreter in der Reparationskommission trotz seiner undankbaren Stellung dort belasse, da, soweit möglich, die gemeinsame Maschine des Friedensvertrags neben der Separation Frankreichs beibehalten werden müsse, weil dadurch die Gefahren der Trennung vermieden und die Rückkehr der Alliierten zu einem Übereinkommen erleichtert würde. Die Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein würde jedoch das vollständige Ende der Entente bedeuten, die sich nach einem solchen Schlag nicht wieder erholen könne.

Zur Haltung des amerikanischen Vertreters bei der Reparationskommission.

Paris, 9. Jan. Havas zufolge soll in den Beratungen über die deutschen Rohstofflieferungen, die die Reparationskommission anschließend an die Anhörung der deutschen Sachverständigen vornahm, der offiziöse amerikanische Vertreter klipp und klar geäußert haben, daß die Kommission sich einer Vereinfachung und zwar einer vorläufigen Vereinfachung Deutschlands gegenüber befinde. — Wie der Pariser Vertreter des VTB in amerikanischen Kreisen festgestellt hat, hat Bonden sich über den Charakter der deutschen Vereinfachung, abgesehen von der Tatsache der Vermehrung selbst, nicht geäußert, also keineswegs festgestellt, daß die Vereinfachung als vorläufige zu betrachten sei. Im Einklang hiermit berichtet auch Havas über seine weiteren Ausführungen. Er habe hervorgehoben, daß es ziemlich leicht zu begreifen sei, wenn Deutschland gewisse von ihm übernommene Verpflichtungen nicht immer zu erfüllen im Stande sei. Bonden habe geschlossen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit, zu einer gerechten Regelung der deutschen Verpflichtungen zu schreiten.

Die Haltung Amerikas.

Newyork, 9. Jan. (Durch Funknachricht.) Die „Newyork Times“ meldet aus Washington, die amerikanische öffentliche Meinung lege eine besondere Bedeutung dem Umstand bei, daß Frankreich, als es sich für den Einmarsch ins Ruhrgebiet entschieden habe, unterrichtet gewesen sei, daß diese Absicht im Gegensatz zu der Auffassung der Vereinigten Staaten stehe. Amerika erhebe aus diesem Anlaß Vorstellungen in Form einer nichtoffiziellen Fühlungnahme, wobei vorgeschlagen worden sei, die Alliierten möchten, wenn sie sich in der Reparationsfrage nicht zu einigen vermöchten, die Einberufung des internationalen Bankierausschusses erwägen. Es werde darauf hingewiesen, daß diese Mitteilung an Frankreich genüge, um es vollkommen und klar über die Haltung Amerikas zu unterrichten. Die Regierung beabsichtige nicht, im Falle des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet einen Protest an Frankreich zu richten, da ein Protest die Franzosen nicht veranlassen würde, ihre Pläne zu ändern, sondern wahrscheinlich eine Mißbilligung (!) hervorzurufen würde. Der Plan der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Koblenz würde jetzt nach Ansicht der amtlichen Kreise ein Fehler sein. Nicht nur die Empfindlichkeit Frankreichs würde in Betracht gezogen, sondern auch die Einwirkung auf die Stellung Englands und Belgiens und die Lage, in der Deutschland zurückbleiben würde, wenn der moralische und materielle Einfluß der Vereinigten Staaten im Rheinland plötzlich aufhören würde.

Widerliche Heucheleien aus Amerika.

London, 9. Jan. Reuter meldet aus Washington, daß die Mitteilung über die amerikanischen Vorschläge an Frankreich

bezüglich der Regelung der Reparationsfrage anscheinend zu dem Zweck erfolgt sei, damit das amerikanische Volk wisse, daß die amerikanische Regierung keine Gelegenheit verloren habe (?), danach zu streben, der europäischen Krise zu begegnen u. a. dadurch, daß sie Frankreich eine Mitteilung zukommen ließ, daß die Annahme des amerikanischen Planes möglicher Weise zu einer wirtschaftlichen Unterstützung Europas durch die Vereinigten Staaten führen könne. — Wenn die Amerikaner positive Vorschläge hätten machen wollen, hätten sie nicht warten brauchen, bis die Franzosen vor dem Einmarsch ins Ruhrgebiet stünden.

Ein neuer amerikanischer Vorschlag zur Einsetzung eines Sachverständigenausschusses.

London, 9. Jan. „Daily Chronicle“ berichtet aus Newyork, die Vereinigten Staaten hätten Frankreich eine neue Gelegenheit für die Regelung der Reparationswittwarrens geboten. Gestern sei amtlich im Staatsdepartement mitgeteilt worden, daß der Plan bezüglich eines Sachverständigen-Ausschusses zur Festsetzung des Betrags, den Deutschland zu bezahlen in der Lage ist, Poincaré unterbreitet wurde. Die Entscheidung des Ausschusses werde die Grundlage für ein zukünftiges alliiertes Übereinkommen bilden. Die französische Regierung habe um weitere Einzelheiten erjucht, die ihr auch übermittelt worden seien. — Reuter berichtet zu derselben Frage aus Washington, es verlautete, daß der amerikanische Vorschlag bezüglich der Regelung der Reparationsfrage, wie er in der Rede von Hughes in New-Haven auseinandergesetzt wurde, der durch offizielle Kanäle übermittelt worden sei, vom Staatsdepartement als der französischen Regierung zur Entscheidung vorstehend betrachtet werde.

Wie das französische Volk belogen wird.

Paris, 10. Jan. „Populaire“ weist darauf hin, daß die nationalistische Presse Poincaré lebhaft dränge, ohne Zeitverlust vorzugehen, sodas er am Donnerstag der Kammer und dem Senat den Einzug in Essen und Bochum verkünden könne. Sie bemühe sich, ihren Lesern klar zu machen, daß alle Welt sich bereits vor der vollendeten Tatsache beuge und daß in London und anderwärts die Entwicklung der französischen Politik beinahe mit Sympathie verfolgt werde, was eine ungeheuerliche Entstellung der Wahrheit sei. In Wahrheit, so erklärt das sozialistische Blatt, stehe man in London wie in Washington dem Eigensinn Frankreichs faßungslos gegenüber und mache sich immer mehr klar, daß Frankreich durch das isolierte Eintreten seiner Forderungen Ansprüche die der übrigen Alliierten zu gefährden und mehr als je die Lösung der Reparationsfrage zu komplizieren drohe.

Der deutsche Reichskanzler über den von Deutschland vorgeschlagenen Garantiepakt.

Berlin, 8. Jan. Der Reichskanzler gewährte dem hiesigen Vertreter der „Times“ eine Unterredung über den von Deutschland vorgeschlagenen Garantiepakt. Auf die Frage, ob der Pakt nicht angesichts des Artikels 10 der Völkerbundsakte überhaupt überflüssig gewesen sei, erwiderte der Reichskanzler, daß sich die Bundesmitglieder in Artikel 10 der Völkerbundsakte lediglich verpflichtet hätten, die Unverletzlichkeit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit der Bundesmitglieder zu wahren. Artikel 10 begründe also nach seinem klaren Wortlaut eine Verpflichtung nur für die Mitglieder des Bundes, nicht aber für Deutschland, das dem Bund nicht angehöre. Gegenüber dieser Sachlage sei die Tatsache, daß die Völkerbundsakte an der Spitze des von Deutschland unterzeichneten Versailles-Vertrags stehe, ohne Bedeutung, denn in dem Artikel selbst sei die dort festgesetzte Verpflichtung von einer Voraussetzung abhängig gemacht, die für Deutschland nicht zuträffe. Wenn französischerseits versetzt werde, diesen Sachverhalt, nachdem er zunächst zugegeben worden sei, nachträglich in Zweifel zu stellen, so sei das umso auffällender, als gerade die Tatsache, daß Nichtmitglieder des Völkerbunds, wie Deutschland und Rußland, an den Artikel 10 nicht gebunden seien, auf der Konferenz von Genua eine Rolle gespielt habe. Auf dem Konferenzprogramm habe der Vorschlag gestanden, daß alle Länder die gemeinsame Verpflichtung eingehen müßten, sich jeden Angriff auf ihre Nachbarn zu enthalten. Der Zweck dieses Vorschlags sei nach der ausgesprochenen Absicht der Alliierten gewesen, den Artikel 10 durch eine auch für Deutschland und Rußland bindende Verpflichtung zu ergänzen. Der Vorschlag sei bekanntlich in Genua nicht verwirklicht worden. Die internationale Rechtslage, der er seine Entstehung verdanke, bestehe auch jetzt noch, sodas die Annahme des deutschen Vorschlags tatsächlich eine vertragliche Festlegung des deutschen Friedenswillens zur Folge gehabt hätte, wie sie rechtlich zur Zeit noch nicht gegeben sei. Auf die Frage, warum in dem Friedensvorschlag für die Vertragszeit ein Krieg nicht überhaupt ausgeschlossen, sondern von einer Volksabstimmung abhängig gemacht worden sei, äußerte der Reichskanzler, weil die deutsche Regierung damit die stärkste und zu gleicher Zeit die geschnitzteste Sicherung gegen jede Kriegsmöglichkeit zu bieten gehofft habe. Eine festere Verankerung des Friedenswillens als durch die Übertragung der Entscheidung an die Väter, Mütter und Frauen aller Länder, die sich mit ihrem Blut in solcher Stunde für den Krieg einsetzen müßten, sei undenkbar. Glauben Sie nicht, daß eine solche Bestimmung den Frieden mehr sichert, als zum Beispiel ein Urteil des Völkerbunds? Aber ganz abgesehen von dem idealen demokratischen Wert unseres Vorschlags liegt es doch auf der Hand, daß der Weg der Volksabstimmung auch rein mechanisch durch den dadurch bedingten längeren Zeitablauf zur Folge haben würde, etwa im Entstehen begriffene kriegerische Empfindungen zu unterdrücken. Unser Vorschlag ist nicht eine Geste, nicht ein Manöver vor der Pariser Konferenz und noch viel weniger ein Freibrief für Ueberfälle auf andere friedliche Nachbarn, wie die übelwollende Deutung uns unterlegen möchte. In

Wahrheit beabsichtigten wir ein praktisches Ergebnis in einer Frage zu erzielen, an der die ganze Menschheit interessiert ist. Wir konnten zunächst nur einen allgemeinen Rahmen für das Abkommen anbieten, dessen Einzelheiten dann in offener Aussprache zwischen den Regierungen hätten geregelt werden müssen.

Vermischtes.

Im Schatten der Katakomben

betitelt sich ein reich bebildeter Aufsatz von Curt Bauer im neuesten Heft der „Gartenlaube“. Dies größte Geheimnis, das römische Erde birgt, nimmt einen Umfang an, der uns mit Staunen erfüllt. An allen Konularstrassen, 1—3 Meilen außerhalb Roms, treffen wir die Katakomben, deren Zahl man auf 50 schätzt. Es sollen darin 3/4 Millionen Gräber der ersten Christen Roms sein. Der Besuch dieser unterirdischen Grabstätten zwingt wohl jedermann einen geheimen Schauer ab. Man geht durch enge, aus Tuffstein gehauene Gänge, die zwischen 55 und 90 Zentimeter breit sind und zu deren beiden Seiten sich die Gräber als Mauerlöcher in der Größe eines Menschen in 5—7 Parallellinien übereinander schichten, gefüllt mit zerfallenden Skeletten und grinsenden Totenschädeln. Nur wenige Meter tief unter der Erde scheint jede Erinnerung an das Tageslicht ausgelöscht, angesichts dieser finsternen Gräberstätte. Doch allmählich senkt sich der Friede auch auf den Besucher herab, der aus den Zeichen der Hoffnung und christlichen Nächstenliebe spricht, auf die das Auge allenthalben trifft. Man erblickt Christus als guten Hirten, als Sämann, als Fischer, sieht den Fisch, den Anker und die Taube, diese Sinnbilder aus erster Christenzeit. Ueber die Entstehung der Katakomben war man sich früher im Zweifel. Die Annahmen, daß dieses Labyrinth ursprünglich als Versammlungs- und Kultstätte der ersten christlichen Gemeinden diente, hielt der neuesten Forschung nicht stand. Diese Versammlungen fanden vielmehr in den Wohnungen reicher Gemeindeglieder statt. Die Katakomben sind ursprünglich einzelne unterirdische Erdbegräbnisse reicher vornehmer Christen gewesen, um die sich dann die Gräber der Freunde, Verehrer und schließlich der Gemeinde gruppierten. Auf diese Weise wuchsen die Katakomben zu ihrem erstaunlichen Umfang, in einzelnen Teilen bis zu 5 Etagen Tiefe. Besondere Aufmerksamkeit widmete man den Märtyrergribern. An ihren Geburtstagen wurden dort die Akten des Martyriums verlesen. Zu geheimen Versammlungen dienten die Katakomben erst, als Kaiser Valerian (253—260) ihren Besuch verbot. Aus dieser Zeit rühren auch die geheimen Zugänge, während früher breite, leicht sichtbare Tore als Eingang zu diesem Totenreich dienten. Nach Ueberstehung der Päpste in den Lateran wurden die Bischöfe in Basiliken beigelegt. Diesem Beispiel folgten die Gemeinden, und schon im 5. Jahrhundert wurden die Katakomben nur noch als Kultstätte für die Märtyrerkulte benutzt. Als dann Nüberbanden die Campagna Romana unsicher machten und die Gräber der Katakomben nach Gold durchsuchten, überführte man auch die Gebeine der Märtyrer als Reliquien in die Stadtkirchen. Damit wurde der Verkehr nach den Grabstätten ganz wesentlich eingeschränkt, und nur noch Fremde und Kulturhistoriker unternehmen das Wagnis, in dieses dem Verfall ausgelegte Labyrinth einzudringen. Einmal im Jahre, am 22. November, dem Namenstage der heiligen Caecilia, kommt das gläubige römische Volk zur Callistus-Katakombe, die das Grab der heiligen verehrten Frau birgt, die sich durch Jahrtausende Volkstümlichkeit bewahren konnte. Dann werden Auge und Sinne gefangen von dem Schauspiel, das sich unter der Erde abspielt. Eine Flut von Wachsternen erhellt die dunkle Höhle. Dichtes Blumen- und Palmenzweige schmückt das Grab der Heiligen, um das Priester und Chorknaben im Gebet knien. Weibrauchdunst und Rodergeruch ersticken den Atem. Eine andächtige Menge lauscht den alten Rhythmen, die aus ferneren Ewigkeit herüberzukommen scheinen. . . Eine Welt voll Erinnerungen und Träumen, die wie ein Alpdruck vom Besucher weicht, wenn sich über ihm wieder der weite Himmel der römischen Campagna spannt.

Deutschland.

Die Erhöhung der Reichsarbeiterlöhne im Januar.

Berlin, 10. Jan. Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter schlossen gestern damit ab, daß in der höchsten Ortsklasse angelernte Arbeiter für die erste Januarhälfte eine Stundenlohnerhöhung von Mk. 50.— für die zweite Hälfte von Mk. 100.— gegenüber dem Lohn in der zweiten Dezemberhälfte erhalten sollen. Es steht zu erwarten, daß die heute zusammentretenden Vorstände der Gewerkschaften dem Ergebnis zustimmen. Das Reichskabinet wird unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen mit den Beamten und Angestelltenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten mit der Gesamtfrage befassen.

Wiedereinführung des Bankgeheimnisses.

Berlin, 10. Jan. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ ist dem Reichstag nunmehr der angekündigte Gesetzentwurf über die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses zugegangen.

Bergiftung durch Methyalkohol.

Glogau, 9. Jan. Beim Verladen von Fässern auf dem hiesigen Bahnhof tranken mehrere Arbeiter von dem in den Fässern befindlichen Resten, die öfenbar Methyalkohol enthielten. Sie zogen sich dadurch schwere Vergiftungen zu. Fünf Männer und eine Frau sind gestorben. Drei Personen liegen schwer krank darnieder.

Wie m
Reichsmi
ft ä d i f
Zeitpunkt
Zahlungs
Sch
* Wie
den Schül
sch u l e
Minder
der Re
Stande
Gebu
S a d m a
Tochter des
Lichter des
Maschinen
des Karl
Kosa Elsa,
hier.
Ehe
Mechaniker
Dez.: Sch
Gerrud
drucker, m
hold, R
stine Sch
mit Sofie
Eisenh
ger von h
Anna B
Sterl
Walz, Ehe
hier; B u
14. Dez.:
Schnauer,
ter, And
Kranken,
Lang, Sta
Kind des
25. A r i m
72 Jahre a
Bollmer, F
mert, C
Der B
Winterhall
zollersheim
gebiger W
den. Das
Tübinger
Die Spende
heim, Böb
Seidenheim
zollerns, F
burg, Sau
gen im neu
gebiet geh
wird damit
bzw. 55
Ende de

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Januar 1923.

Einzug des städtischen Notgelds.

Wie man uns mitteilt, muß nach einer Verfügung des Reichsministeriums des Innern bis 5. Februar alles städtische Notgeld eingezogen sein, sodaß von diesem Zeitpunkt an also das städtische Notgeld nicht mehr als Zahlungsmittel angenommen werden kann.

Schülerpenden für Minderbemittelte.

Wie wir hören, sind nun insgesamt 98 000 M. von den Schülern der Späteren Höheren Handelsschule an das Stadtschultheißenamt zur Unterstützung Minderbemittelter überwiesen worden; von den Schülern der Neuen Höheren Handelsschule 60 712 M.

Standesamtliche Nachrichten der Stadt Calw.

Geburten: 5. Dez.: Annelle, Tochter des Oskar Sackmann, Kaufmann, hier; 10. Dez.: Helene Sofie, Tochter des Karl Münz, Schneider, hier; 16. Dez.: Irene, Tochter des Gottlob Lang, Stadtpfarrer, hier; 17. Dez.: Alfred Wilhelm, Sohn des Albert Furtmüller, Maschinenrieker, hier; 19. Dez.: Emma Helene, Tochter des Karl Schaufelberger, Kaufmann, hier; 19. Dez.: Rosa Elsa, Tochter des Martin Schwarz, Oberkassier, hier.

Eheschließungen: 15. Dez.: Müller, Otto, Mechaniker, mit Elsa Wagner geb. Wengert von hier; 21. Dez.: Schmidt, Friedrich, Verwaltungsbeamter, mit Gertrud Pflüger von hier; 22. Dez.: Kießer, Reinhard, Buchdrucker, mit Dorothea Wasse von hier; 28. Dez.: Weinhold, Kurt, Kunstmaler, mit Margarethe Schütz von hier; 28. Schnaufer, Emil, Heizeranwärter, mit Christine Schmierle von hier; 29. Dez.: Beck, Rudolf, Bäcker, mit Sofie Böhlinger von Unterreichenbach; 29. Dez.: Eisenhardt, Otto, Kaufmann, mit Margarethe Geiger von hier; 30. Dez.: Ehnis, Karl, Goldarbeiter, mit Anna Böckle von hier.

Sterbefälle: 10. Dez.: Haug, Katharina, geb. Walz, Ehefrau des verst. Christian Haug, Fabrikarbeiter, hier; 14. Dez.: Schnaufer, Lydia, Ehefrau des Hermann Schnaufer, Weinbändler, hier, 63 J. alt; 13. Dez.: Reuter, Andreas, Tagelöhner von Altbulach, 80 J. alt. Krankenh.; 17. Dez.: Lang, Irene, Kind des Gottlob Lang, Stadtpf., hier; 1 Tag alt; 23. Siedler, Waldemar, Kind des Max Siedler, Buchbinder, hier, 8 Monate alt; 25. Krimmel, Katharine Friederike, Konditors Witwe, 72 Jahre alt; 26. Dez.: Vollmer, Hans, Sohn des Wilh. Vollmer, Reiserführer, hier, 1 Jahr alt; 30. Dez.: Weimert, Christian, Gypser, hier, 35 Jahre alt.

Dank der Tübinger Studentenhilfe an die Landwirtschaft.

Der Verein Tübinger Studentenhilfe ist im laufenden Winterhalbjahr von der württembergischen und hohenzollernschen Landwirtschaft wieder in unvergleichlich freigebiger Weise durch Lebensmittelspenden unterstützt worden. Das allein macht es möglich, den größten Teil der Tübinger Studentenschaft mit billigem Essen zu versehen. Die Spenden kamen aus den Oberämtern Alen, Besigheim, Böblingen, Calw, Crailsheim, Ellwangen, Hall, Seidenheim, Herrenberg, aus sämtlichen Ämtern Hohenzollerns, ferner aus Horb, Nagold, Neulingen, Rottensberg, Saulgau, Tuttlingen, Ulm. Bringende die Sammlungen im neuen Jahr in den übrigen zum Tübinger Werbegebiet gehörigen Oberämtern ebenso reiche Spenden, so wird damit der äußerst niedere Essenspreis von 65 bzw. 55 M., der nach Neujahr in Kraft tritt, bis zum Ende des Winterhalbjahrs gesichert. In einem

herzlichen Rundschreiben spricht die Studentenhilfe der Landwirtschaft ihren wärmsten Dank für diese tatkräftige Unterstützung aus.

Ernähigung der landwirtschaftlichen Winterschulen.

Die Winterschulen des Landes erfreuen sich die Landwirtschaftlichen Winterschulen des Landes eines sehr starken Besuches: Ludwigsburg 165 Schüler, Heilbronn 122, Leonberg 36, Calw 61, Horb 54, Neulingen 104, Rottweil 40, Kirchheim 66, Ravensburg 77, Neulingen 57, Ulm 160, Wangen 44, Crailsheim 50, Gmünd 65, Hall 90, Waiblingen 52, Künzelsau 78, Mergentheim 97, Biberach 65, Balingen a. E. 35, Alen 79, Göppingen 88, Badnang 56, Blaubeuren 28, Lauffen 36, Herrenberg 52, Waldsee 31.

Ermähigung der Ausfuhrabgabe.

Durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers und des Reichsministers der Finanzen vom 23. Dezember 1922 ist der Ausfuhrabgabekurs für eine Reihe von Waren, in der Hauptsache Textilwaren, Eisen- und Stahlwaren und Maschinen, bedeutend ermäßigt und durch eine weitere Bekanntmachung vom gleichen Tag der Zuschlag von 30 und 60 Prozent auf den Ausfuhrabgabekurs wieder aufgehoben worden. Beide Bekanntmachungen treten am 10. Januar ds. Js. in Kraft. Eine wirtschaftliche Erleichterung der Exporteure wird mit dieser Ermäßigung der Ausfuhrabgabe jedoch nur bei neuen Bewilligungen unbedingt, bei noch laufenden dagegen nicht in allen Fällen verbunden sein. Es ist zu berücksichtigen, daß bei laufenden Bewilligungen, die zwecks Umrechnung an die Außenhandelsstellen zurückgegeben werden, zwar der ermäßigte Abgabekurs, aber auch der Umrechnungskurs am Tage der neuen Berechnung zugrunde gelegt wird. Unter Umständen kann durch den Umrechnungskurs die neue Abgabe höher werden als die alte. Anträge, die in der Zeit von der Bekanntmachung der Ermäßigung bis zum 10. Januar eingehen, werden der Stuttgarter Beauftragte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen, die Zentrale der Außenhandelsstellen, sowie die hiesige Zweigstelle der Außenhandelsstellen für die Textilwirtschaft bis zum Inkrafttreten der Ermäßigung am 10. Januar zurückstellen, es sei denn, daß von den Antragstellern ausdrücklich eine sofortige Behandlung gewünscht wird.

Neuordnung des Polizeipräsidiums.

Am 1. Januar wurde in den wichtigsten Städten des Landes die Polizei verstaatlicht. In Stuttgart ist damit eine Neuordnung und Neubehaltung des Polizeipräsidiums überhaupt verbunden. Der neue Polizeipräsident, Oberregierungsrat Kraiber, ist zugleich auch Oberamtmann von Stuttgart-Stadt. Da dem Polizeipräsidium auch die Landesstrafpolizei angegliedert ist, erstreckt sich seine Tätigkeit in Kriminalfachen auf das ganze Land, im übrigen kommt ihm keine Befugnis über die Polizei im Lande zu, sondern die einzelnen Städte erhalten ihr eigenes Polizeidirektoren. Im Polizeipräsidium gehen zwei staatliche Behörden, das Landespolizeiamt und die Stadtdirektion, und eine kommunale Behörde, das städt. Polizeiamt auf. Die Neugestaltung der Polizei ist schwierig, doch die Erfahrungen des Polizeipräsidenten und die pflichttreue Mitarbeit des Beamtenkörpers lassen hoffen, daß die Schwierigkeiten ohne Reibungen überwunden werden. Da in der Presse verschiedentlich Bedenken gegen die Unparteilichkeit des neuen Polizeipräsidenten geäußert wurden, entwickelte dieser vor den Pressevertretern kurz sein Programm. Vor allem sollen Polizeischikanen vermieden werden, wenn auch mitunter aus sachlichen Gründen Zwang notwendig

sei. Die Nichtsnur der Polizei sei Verfassungstreue und das Volkswohl. Die Polizei mache es sich in ihrer neuen Gestaltung zur Aufgabe, ohne Ansehen der Partei und Person zum Wohle des Volkes und Staates zu arbeiten und sich das Vertrauen der staatsbeherrschenden Volkstreffs zu erwerben.

Die Invalidenrente vom Januar 1923 an.

Nach dem am 1. Januar 1923 in Kraft tretenden Altersrentengesetz zur Reichsversicherungsordnung erhält fortan Invalidenrente der Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder anderem Gebrechen dauernd invalide ist. Für die Zeit vom 1. Januar 1923 an kann Altersrente nicht mehr bewilligt werden. Die früher festgesetzten Altersrenten erhalten ab 1. Januar 1923 die neuesten Teuerungszuschläge. Die bisherigen Altersrenten sind in Invalidenrenten umzuwandeln und zwar auch dann, wenn der Eintritt der Invalidität nicht nachgewiesen wird, jedoch unter der Bedingung, daß die für die Invalidenrente vorgeschriebenen Voraussetzungen (abgesehen vom Alter) erfüllt sind und (bei der Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung) Antrag auf Invalidenrente gestellt wird. Zu den Voraussetzungen gehören Erfüllung der Wartezeit und Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft genügt nicht der bisherige Bezug einer Altersrente von einer Landesversicherungsanstalt. Der Altersrentenempfänger mußte also im allgemeinen noch Beitragswochen nachweisen. Wohl aber genügt der Bezug von Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung. Bei der Umwandlung von Altersrenten in Invalidenrente sind die neuen Vorschriften (erhöhter Grundbetrag und Kinderzuschuß) zugrunde zu legen. Dieser Rentner wird sich also besser stellen als ein gleichaltriger, dem schon infolge früher eingetretener Invalidität die Invalidenrente nach alter Berechnung bewilligt worden ist. Invalidenrente kann ab 1. Januar 1923 auch derjenige erhalten, dessen Anspruch auf Altersrente früher, sei es auch rechtskräftig, wegen Nichterfüllung der Wartezeit für die Altersrente abgelehnt worden ist; nur müsse er jetzt die Erfüllung der Wartezeit für die Invalidenrente und Aufrechterhaltung der Anwartschaft nachweisen. Der 65jährige, der weder Invalide ist, noch Invalidenrente bezieht, ist nicht versicherungsfrei. Empfänger von bisherigen Altersrenten, die noch nicht invalide sind, bleiben also (ebenso wie andere 65jährige) nach dem 1. Januar 1923 versicherungspflichtig — andererseits auch zur freiwilligen Beitragsleistung berechtigt, bis ihnen auf ihren Antrag an Stelle der Altersrente Invalidenrente gewährt wird. (Das selbe gilt nach § 10a WVG für die Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung.) Zu der neuen Fassung von § 1255 und 1256 WVG ist hervorzuheben, daß der 65jährige Anspruch auf Invalidenrente auch dann hat, wenn er noch erwerbsfähig ist, ein Nachweis des Grades der Erwerbsbeschränkung zur Begründung des Rentenanspruchs von ihm also nicht beigebracht zu werden braucht, daß der Rentenbezug für ihn mit der Vollendung des 65. Lebensjahrs beginnt, vorausgesetzt, daß er bis dahin die Wartezeit für die Invalidenrente nachweisen kann. Hat er jedoch bei Vollendung des 65. Lebensjahrs die Wartezeit für die Invalidenrente noch nicht erfüllt, so kann er selbst bei solchem Alter noch rechtswirksame Beiträge entrichten, vorausgesetzt natürlich, daß er nicht invalide ist.

Fahrradzeitkarten.

Auf einer Anzahl Stationen in der Umgebung großer Städte, wo das Bedürfnis zur Aufbewahrung der Fahrräder solcher Zeitkarteninhaber besteht, die ihre Räder zur Fahrt zwischen Bahnhof und Wohnung benutzen, werden besondere Fahrradzeitkarten ausgegeben. Auf Grund dieser Fahrradzeitkarten werden die Fahrräder zu ermäßigten Sätzen (monatlich 360 M., wöchentlich 90 M.) aufbewahrt.

Gedenket der Heimatnot-Spende!

Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

„Es ist besser, daß du unwissend gestorben bist,“ versetzte sie. „In jener Nacht erfuhr ich, daß dem Menschen eine Kraft gegeben ist, die er selbst nicht kennt, und daß mit der Not und mit dem Leiden diese Kraft wächst. In meiner nagenden Angst und tiefen Verzweiflung hatte ich doch schon seit Monaten nicht vergessen, die Zurechtweisungen zu machen, die für alle Fälle dem Antömmeling nötig waren, und wie ich ihn nun mit meinen hilflosen Händen warm eingehüllt an meine Brust drückte, da habe ich mich in all meinem Glauben und mir sagen müssen, ich sei doch keine ganz schlechte Mutter, und es sei schade um mich, daß ich meinem Beruf nicht besser nachkommen dürfte. Aber es war keine Zeit zum Weinen. Ich ruhte ein wenig und sammelte meine Kräfte für den Rest der Nacht. Mein armes Kind schlief bald beschwichtigt ein, als ob es wüßte, was es mir schuldig sei und wie es sich betragen müsse, um mich und sich vor Schmach zu bewahren. Wie es Zeit wurde, daß ich euch aus der Kirche erwarten mußte, stand ich auf, was mich wahrlich sauer ankam, und sah zuerst nach den Kindern. Sie vergaßen mir die Treue, die ich ihnen, zum Teil von ihrer ersten Lebensstunde an, bewiesen hatte und schliefen ganz ruhig. Nun hörte ich euch kommen und ging euch mit dem Licht entgegen. An meinem Auftreten hing nicht weniger als Leben oder Tod — das wußte ich, aber ich nahm mich auch so zusammen, daß niemand einen Argwohn schöpfte.“

„Mein Gott, mein Gott!“ rief Erhard, „also hab ich mich doch nicht ganz geirrt — aber wie weit war ich von der Wahrheit entfernt!“

„Und jetzt kam erst noch das Schlimmste!“ fuhr Justine fort. „Ich wartete in meinem Bett, bis alles eingeschlafen

war, dann stand ich abermals auf, raffte alles mögliche zusammen, um mein schlafendes Kind recht gut zu verwahren, und nachdem ich vorher überall umhergelauscht hatte, stahl ich mich mit ihm aus dem Haus. Die Straße mußte ich vermeiden, weil mir da zu jeder Stunde Menschen aufpassen konnten. Daher schlug ich hinten hinaus übers Feld — ach, mit bitterem Widerstreben! — den Weg nach dem Steinkreuz ein. Der Waldpfad ist nur wenig betreten, da sogar bei Tag nur selten jemand von den Höfen über den dicht verwachsenen Kreuzweg kommt. Die Kälte war mäßig, und im Wald lag der Schnee nicht tief. Ich hielt mein Kind hoch herauf an die Brust und deckte es so viel als möglich mit dem Gesicht, so daß es meinen warmen Atem hatte. Aber die Anstrengung war übermenschlich, und mehr als hundertmal gab ich die Hoffnung auf, einen Schritt weiter zu kommen. Ach, damals hab ich Mitleid mit mir selbst gehabt. Dazu kam eine entsetzliche Angst, wie ich sie noch nie gekannt hatte, vor den Gespenstern der Nacht. Es klang mir nur wie entferntes Läuten im Ohr, daß kurz vorher von dem Jäger ohne Kopf, von dem wilden Heer auf dem Kreuzweg und von einem feurigen Hund am Steinkreuz die Rede gewesen war. Aber ich überwand mich, obgleich ich's beständig vor mir und hinter mir rauschen zu hören meinte. Das Feld war vom Schnee erhellung gewesen, aber unter den Föhren wurde es immer dunkler, und es war mir grauenhaft zu Mut, als ich endlich am Steinkreuz ankam. Ich verdoppelte meine Schritte, um dort, wo es am finsternsten war, eilig hindurchzukommen — da fällt mir neben dem Kreuz eine Gestalt in die Augen! Ich sinke schier zu Boden, all mein Blut stockt, und es rieselt mir wie ein Eisstrom durch die Glieder. Aber in dem Augenblick steigt der Mond hell wie eine Fackel über die Föhren herauf, ich erkenne Fleisch und Blut, und auf den ersten Blick seh ich, wen ich vor mir

habe, und wer noch weit ärger erschrocken ist, als ich. Es war mein Mörder. Ich wußte nicht, was er da tat — „Einen Schatz wollte er heben!“ unterbrach sie Erhard. „Er sah! So feig man ihn glaubte, so war er doch draußen, und seine Habgier schauderte nicht vor dem Ort zurück, der ihm so laut seinen Weineid predigte!“

„Nachher“, sagte Justine, „hab ich alles zusammengelesen und begreifen können, damals aber wußte ich noch nicht, was ihn hinausgeführt hatte, denn während der Vormittagszeit, wo sich mir der Kopf beständig drehte und ich auf eure Reden noch viel weniger geachtet, als ihr auf mich, und hatte bloß von allerlei unheimlichen Wesen, aber nichts von der Schatzgräberei gehört. Wie ich seiner ansichtig wurde, hatte ich eine verworrene Vorstellung, er wolle Holz stehlen, oder irgend etwas dergleichen, was mir nur in dem verrückten Zustand meines Kopfes einfallen konnte. Soviel aber sah ich deutlich und mit guter Vernunft, daß er kein Geist war, wohl aber, daß er mich für einen hielt, und bei meinem Aussehen hätte das vielleicht auch einem Beherzteren geschehen können. Es war mir gleich ganz klar: er meinte, ich habe zu dieser Stunde mir und meinem Kinde ein Leid angetan und erscheine ihm nun nach meinem Tode, um ihn zur Rechenenschaft zu ziehen; denn er war in die Kniee gestürzt und streckte die Hände wie abwehrend und um Gnade flehend gegen mich aus. Wie ich das sah, ging ich, als ob etwas meinen Fuß vom Boden aufhübe, stracks an ihm vorüber und warf einen Blick auf ihn herab, nur einen einzigen Blick! Raum war ich vorbei, so hörte ich, wie er hinter mir vom Boden aufsprang und in verzweiflungsvoller Angst seitwärts ohne Weg und Steg in den Wald entrannte.“

„Das also war der Geist, den er in jener Nacht gesehen hat!“ rief Erhard.

(Fortsetzung folgt.)

Stammheim, 9. Jan. Am letzten Samstag veranstaltete der Militärverein eine wohlgelungene Weihnachtsfeier. Was den neun Jahre her, seit der Verein seine Mitglieder zu einer Abendunterhaltung einlud. Wie sehr aber das Interesse für die Ziele und Bestrebungen unserer Vereinigung vorhanden ist, zeigte der überaus zahlreiche Besuch. Nachdem der Vorstand, Karl Mann, die Anwesenden begrüßt und auch in bewegten Worten der Toten gedacht hatte, nahm Bezirksobmann Kückle das Wort. Er redete von Herzen und seine Worte gingen in die Herzen. Eine Teller Sammlung für Bedürftige der Gemeinde und des Bezirks gab den deutlichsten Beweis. Die tadellose Abwicklung des Programms hat dann vollends dazu beigetragen, eine Feststimmung zu wecken. Im Geiste zurückverkehrt an die vergnügten Stunden der Dienstzeit führten uns die lebenden Bilder und das Theaterstück „Das Grab in Sibirien“, in den Krieg und die Leiden der Kriegsgefangenschaft. Kein Wunder, wenn so manches Auge feucht wurde. Getragen vom Geiste echter Kameradschaft fand die Feier einen wohl gelungenen Abschluß. Auch der Musikverein hatte sich für den Abend zur Verfügung gestellt und wahre Kameradschaft damit gezeigt. Vielleicht ging auch mancher Jüngere mit dem Gedanken nach Hause, diesem Verein sich anzuschließen, wo die vielgerühmten deutschen Tugenden gepflegt und gewahrt werden. Allen Mitspielern auch an dieser Stätte aufrichtigen Dank. In erster Linie aber Herrn Hauptlehrer Berle, der es durch Aufwand von Fleiß, Zeit und Geduld zu Wege brachte, dem Abend zu einem so durchschlagenden Erfolge zu verhelfen. Die Herren von Calw, Kückle und Pachter, ein andermal hier wieder begrüßen zu können, ist unser Wunsch — also „auf Wiedersehen!“

Neubulach, 7. Januar. Im Auftrage der Württembergischen Bürgerpartei hielt Schulrat a. L. Dr. Müller aus Ludwigsburg in den Gemeinden Seelersberg und Oberhaugstett sowie Neubulach je unter zahlreicher Zuhörerschaft einen Vortrag über ungelöste Fragen des alten Jahres, wobei er Gegenheiten nahm, auf die vom alten Jahr übernommenen Fragen der Reparationen, der Orientpolitik und der Befestigung hinzuweisen, und daß trotz der 17 bereits stattgehabten Konferenzen noch kein Schritt zu Gunsten unseres so bedrängten Vaterlandes erzielt worden sei. Die unserem Wirtschaftskörper auferlegten Leistungen seien unerfüllbar. Die Deutschnationalen Volkspartei habe das Vertrauen zu Reichskanzler Dr. Cuno, der auf dem Standpunkt stehe, nicht mehr zu übernehmen, als dem Volke zu leisten möglich sei. Bei der ungelösten Frage der Orientpolitik sprach der Redner die Vermutung oder Befürchtung aus, ob nicht durch ein Entgegenkommen Frankreichs England in die Lage versetzt werde, den Bestrebungen Frankreichs am Rhein keine weiteren Hindernisse zu bereiten. Nur eine Politik der Gesamtheit ohne Unterschied der Parteien könne zur Wahrung des nationalen Standpunktes beitragen. Bei seinen gediegenen von hohen politischen Erfahrungen getragenen Ausführungen wurde ihm jeweils der Dank ausgesprochen. Anschließend gab Landtagsabgeordneter Stadtschultheiß Müller Bericht über die in der letzten Tagung des Landtags verhandelten Gegenstände; insbesondere verbreitete er sich über den Stand des Nationalsozialismus in Württemberg. Die Versammlungen gaben zur regen politischen Aussprache Anlaß.

Wildbad, 9. Jan. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Hotel zum Löwen als Rathaus zu erwerben und in die beiden alten Rathäuser 10—12 Wohnungen einzurichten. Ein schneller Entschluß war notwendig, da die Gefahr bestand, daß das schöne, neugebaute, gut gelegene Anwesen zum Löwen in auswärtige Hände übergeht. Der Erwerb erfolgt durch Tausch. Herr Großmann zum Löwen erhält

von der Stadt 434 M. Stammzins für das Anwesen samt Zubehörden. Das Wirtschaftsinventar verbleibt in der Hauptsache Herrn Großmann. Der Vertrag ist bereits rechtsgültig abgeschlossen. Die Stadt Wildbad gelangt so ohne allzu große Opfer in den Besitz eines Rathauses, das der Badstadt würdig ist und das ihren Bedürfnissen wohl auf Jahrhunderte hinaus genügt. Außerdem erfährt die hier sich fortwährend steigende Wohnungsnot eine wesentliche Abhilfe.

(S.C.B.) Forbach (Murgtal), 9. Jan. Der beim Murgwert beschäftigte 36jährige verheiratete Elektromonteur Emil Feber stürzte mit einem Telefonmast, an dem er arbeitete und der plötzlich umfiel, ins Wasser und ertrank. Da der Berunglückte vorschriftsmäßig angechnallt war, konnte er sich nicht retten. Das Unglück wurde erst am andern Tage wahrgenommen, als das 6jährige Kind des Berunglückten den Vater im Betrieb suchte, weil er am Abend zuvor nicht nach Hause gekommen war.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Jan. Die G.A.D. (Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken), die den Zusammenschluß von N.A.G., Hanja-Lloyd, Brennaor und Hanja darstellt und damit die größte Interessengemeinschaft der deutschen Automobilgesellschaft bedeutet, weihte heute in Anwesenheit von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden das neue Haus ihrer Stuttgarter Niederlassung ein. Das Unternehmen ist durch zweckmäßigen Umbau der alten Stuttgarter Kollschuhbahn entstanden und vereint in organisatorischer Verbindung Ausstattungs- und Werkräume mit einem umfangreichen Ersatzteilager, einer Reparaturwerkstätte und einer Großgarage für etwa 100 Kraftwagen. Er bedeutet für Süddeutschland nicht nur die erste, sondern zugleich auch die größte, dem Automobilverkehr dienende Einrichtung dieser Art. — Die Glückwünsche des Staatsministeriums und der Stadt gelegentlich der Einweihung überbrachten Oberbürgermeister Cloß und Bürgermeister Klein.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Jan. Am Montag vormittag wurde in einem Hause der Hajenstraße ein 65 Jahre alter Witwer in seinem Bett tot aufgefunden. Der Gashahn war geöffnet. Der Tod ist zweifellos durch Gasvergiftung, wahrscheinlich schon in der Nacht auf Samstag eingetreten. Den Umständen nach liegt ein Unglücksfall vor.

(S.C.B.) Gmünd, 9. Jan. Als Bewerber um die Stadtvorstandsstelle sind bisher aufgetreten: Dr. Moritz Debler, Rechtsanwalt in Gmünd; Hermann Gögler, Regierungsrat beim Arbeitsministerium, von Ravensburg; Karl Lüllig, Rechtsanwalt in Ravensburg; Eduard Quiten Amtmann beim Oberamt Heidenheim; Dr. jur. Georg Schmid, Regierungsrat in Reutlingen.

(S.C.B.) Nürtingen, 9. Jan. Die Stadt hat die Mitgliedschaft beim Arbeiterverband württ. Gemeinden gekündigt, da bei der Regelung der Löhne der Gemeindegewerbeten trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden konnte, daß zwischen dem gelernten und ungelerten Arbeiter im Tarif eine größere Abstufung eintritt. (Zurzeit nur 1.30 M. in der Stunde.)

(S.C.B.) Friedrichshafen, 9. Jan. Ein bekannter Altertumshändler aus G. hatte am Telefon einer hiesigen Postanwärterin, weil sie ihn nicht gleich verstand, den Gruß Göß von Europa entbitten. Auf erhobene Klage wurde der von „Europas Höflichkeit noch nicht überlängte Kanadier“ vom Amtsgericht Tettnang zu 3000 M. Geldstrafe evtl. 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 9975 Mark, der Schweizer Franken 1889 Mark.
Landesproduktionsbörsen.
(S.C.B.) Stuttgart, 8. Jan. Infolge der politischen Vorgänge und der dadurch eingetretenen Devisensteigerung ist

auch auf dem Getreidemarkt wieder eine wesentliche Befestigung eingetreten. Das Geschäft hat jedoch noch nicht an Ausdehnung gewonnen, die Käufer halten nach wie vor zurück. Es notierten je 100 Kilogr. für gesunde trockene Ware ab württ. Stationen: neuer württ. Weizen 36 000 bis 39 000 Mark (am 2. Jan. 32—35 000), neue Sommergerste 24—27 000 Mark (22—25 000), neuer württ. Roggen 32—35 000 Mark (28—30 000), Hafer 20—26 000 Mark (20—25 000), Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 57—62 000 Mark (51—56 000), Brotmehl 52 000 bis 57 000 Mark (46—51 000), Kleie 15—16 000 Mark (14—15 000), neues Heu 16—18 000 Mark (14—16 000), drahtgepreßtes Stroh 13—17 000 Mark (unverändert).

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 8. Jan. Die Tendenz des amtlichen Verkehrs war außerordentlich fest. Die Nachfrage war größer als je, so daß Kurserhöhungen um hunderte und tausende von Prozenten zu verzeichnen waren. Bankaktien waren stark gesucht: Württ. Bankanstalt + 800 Prozent (2300), Vereinsbank + 500 Prozent (3000), Notenb. 6000 Prozent. Brauereiwerte lagen fest: Brauhaus Ravensburg + 400 Prozent (1500), Eglinger + 250 Prozent (1650), Wulle + 500 Prozent (3000). Textilaktien waren sehr fest: Rammgarn Vögtelheim + 2000 Prozent (17 000), Kolb u. Schüle + 510 Prozent (12 500), Koitern + 3500 Prozent (10 500), Eglinger + 1500 Prozent (13 000). Maschinen- und Metallwerte lagen außerordentlich fest: Daimler + 900 Prozent (5500), Hesser + 1550 Prozent (6500), Lauph. Werkzeug + 3000 Prozent (15 000), Weingarten + 2000 Prozent (6500), Feinmechanik Tuttingen + 6000 Prozent (32 000). Auch die sonstigen Werte besserten sich gut auf: Cement Heidelberg + 7000 Prozent (8500), Hohner + 13000 Prozent (13 000), Köln-Rottw. + 1000 Prozent (12 000), Salz Heilbronn + 5000 Prozent (27 000). Der Freiverkehr war ebenfalls sehr fest.

Märkte.

(S.C.B.) Ellwangen, 9. Jan. Dem Pferdemarkt waren über 800 Stück zugetrieben. Für 1jährige Fohlen wurden 400 000—500 000 M., für 2jährige von 1—1½ Millionen Mark bezahlt, ältere Arbeitspferde erzielten je nach Qualität 200 000—300 000 M., Schlachtpferde 100 000 M. Die Händler erhielten für schöne Tiere 2, 3 und 4 Millionen Mark für das Stück. — Vom Lanbw. Bezirksverein und der Stadt waren zur Prämierung von Stuten und zweijährigen Fohlen 15 000 M. ausgeworfen worden.

(S.C.B.) Neutlingen, 9. Jan. (Fruchtmarktpreise.) Zugesührt waren der Schranne 10,98 Ztr. Weizen, 49,60 Ztr. Gerste, 78,15 Ztr. Haber. Preis per Ztr.: Weizen 15 000 bis 20 000 M., Gerste 13 000 bis 15 000 M., Haber 9500 bis 12 000 M.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Jan. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 74 Ochsen, 14 Bullen, 140 Jungbullen, 134 Jungrinder, 154 Kühe, 329 Kälber, 279 Schweine, 2 Schafe. Unterlaust blieben 3 Ochsen und 11 Jungrinder. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. Qual. 55 000 bis 58 500 M., 2. Qual. 42 000 bis 50 000 M., Bullen 1. 50 000 bis 54 000 M., 2. 42 000 bis 49 000 M., Jungrinder 1. 55 000 bis 59 000 M., 2. 49 000 bis 53 000 M., 3. 40 000 bis 46 000 M., Kühe 1. 40 000 bis 45 000 M., 2. 32 000 bis 37 000 M., 3. 26 000 bis 30 000 M., Kälber 1. 75 000 bis 79 000 M., 2. 70 000 bis 74 000 M., 3. 60 000 bis 66 000 M., Schweine 1. 75 000 bis 79 000 M., 2. 70 000 bis 74 000 M., 3. 55 000 bis 62 000 M. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Die detaillierten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da fast noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schriftl.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtliche Bekanntmachung
betr. Festsetzung der Getreidepreise
für das 3. Sechstel der Umlage,
Ernte 1922.

Auf Grund des § 50, Abs. 2 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (siehe auch Abänderungsgesetz vom 27. Oktober 1922, Reichsgesetzblatt S. 809) hat die Reichsregierung nach Anhörung des Zwangigerausschusses die Preise für alle aus der Ernte 1922 auf das dritte Sechstel der Umlage erfolgenden Ablieferungen wie folgt erhöht:

für den Dz. Weizen auf Mk.	18000.—
" " Roggen " "	16500.—
" " Gerste " "	14000.—
" " Hafer " "	13000.—

Die Herren Ortsvorsteher wollen die Preiserhöhung absahnd in ortsüblicher Weise bekanntgeben und gleichzeitig diejenigen Landwirte, die mit der Ablieferung des verfallenen ersten Drittels und des ersten Sechstels des zweiten Drittels noch im Rückstand sind, zur ungeschämten Ablieferung veranlassen mit dem Hinweis, daß sie sich die Folgen ihres weiteren Verfalls selbst zuschreiben haben.
Calw, den 5. Januar 1923.

Kommunalverband
G. S.

Sehr wenig getragenen
Gehrockanzug
Größe 170
m. Zylinderhut verkauft
Frau Weber Witwe
Leinach.

Einfach möbl. heizbares
Zimmer
in Calw od. Umgeb. gesucht.
Angebote unter J. C. 7
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Althengstett.
Stangenverkauf.

Am Montag, den 15. Januar 1923,
von vormittags 9 Uhr an
werden im öffentlichen Aufstreich im hiesigen Gemeindevaal
verkauft:

584 Stück Bauftangen,
2411 Stück Hagftangen,
4187 Stück Hopfenftangen,
2067 Stück Reistftangen.

Zusammenkunft um 9 Uhr Vormittag im unteren Wald
beim Wöndhwanen.
Gemeinderat.

Wand-Kalender
für das Jahr 1923
mit Märkte-Verzeichnis.
Zum Preise von 10.— Mk. zu haben
in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Verlaufen
schwarz. Hund
Kreuzung Neufundländer-
Schafhund, hängende Ohren,
Lederschnauze, auf den
Namen Preuz gehend.
Um Nachricht wird gebeten
Wilhelm Mörsh,
Station Leinach.

Kauf-
hasten,
Bormaisch-
bottische,
Leimösen,
fertigen als
Spezialität
Gebr.
Douglas, Deckenp.romn.

Berkaufe 1 hochträchtige
Ziege
ein eisernes
Fenstergitter
130/80 cm, ein
Pferde-Rummet
einen
Steinkarren
zweirädrig, f. Bauhandwerker
Jakob Bechtold,
Holzbronn.

Gesucht
Aushilfe
für einige Wochen wegen
Erkrankung meines Mäd-
chens; kann zu Hause schlafen.
Frau Dietrich,
Stuttgarterstr. 423.

Suche
für sofort ein braves, williges
Mädchen
für Küche und Haushalt,
dem Gelegenheit geboten
wäre, das Kochen zu erlernen.
Eglinger Erholungs-
heim in Bad Leinach.

Jüngeres, ehrliches
Mädchen
für kleinen Haushalt bei
gutem Lohn und bester Be-
handlung per sofort gesucht.
Otto Fuhs, Bauwerk-
meister, Ditzingen.

Etwas Gutes
für Haare u. Haarboden ist
echtes
Brennesselhaarwasser
mit den 3 Brennesseln
und feinstes
Birkenhaarwasser
Otto Vinçon, Calw.

Mädchen-
Gesuch!
Suche zu möglichst so-
fortigen Eintritt anständiges
Mädchen für Haushaltung
und Küche bei guter Ver-
pflung und zeitgemäher
Bezahlung. Gelegenheit gut
bürgerlich Kochen zu erlernen.
Koth, Sägewerk,
Flacht M. Leonberg.

Zu verkaufen sehr gut
erhaltenen
Feder-
Britischenwagen
50—60 Zentner Tragkraft
D. Schlanderer,
Bismarckstraße, Calw,
Fernsprecher 112.

Hier!
In den Spalten
der kleinen An-
zeigen findet
die praktische
Hausfrau gute
Gelegenheit
überflüssig.
Hausgerät
zu ver-
kaufen!

Nr. 8
Ergebnis
30. Dez., 1922
Unverhört
des Stra
Berlin, 10. J
der belgische G
des Auswärtige
laut im folgend
Reparationskom
nen Nichterfüllu
parationskommis
Kohlen an Fran
und 18 Anhang
französische Regi
ende und mit de
der Tätigkeit de
ins Ruhrgebiet
stehenden an die
behörden erteilt
der Reparations
Klassen und alle
ischen Maßregeln
werden durch die
Regierung wir
zur Kenntnis zu
bringen zur gena
ten zu versehen.
schlossen, italien
zu lassen. Die
klären, daß sie g
schen Operation
ten, sie entsend
von Ingenieuren
ben ist. Sie mu
von Verfallens e
Nichtgebiete un
Stellung der Au
einigen (!) K
malen Leben de
Ruhe und Ordn
das größte Int
Mission und an
stimmt Trupp
guten Willen de
her Art sie auch
der Mission un
durch irgend ein
den und sollten i
durch ihre Uti
Leben und in de
alle für erforder
unverzüglich ang
Die
Auf Grund d
Nichterfüllung D
und Kohlen, die
mission fällig w
führung der au
des Vertrags vo
tigen Tage ein
gesetzte Kontroll
besetzten Gebiets
Kommission solle
Handelskammern
Industriellen, K
Auskünfte einzu
Sie sind berech
nach zu ber
Fabriken, Bahn
Rechnungen und
Das
Die Vertreter
unter Androhung
Mitgliedern der
flus völlig zur W
den Befehlen zu
sion erhalten. T
hinichtlich der